

1. Teiländerung der Bebauungspläne Nr. 34 "Nördlich Friedhof Pachten" und Nr. 9a "Bogenschießanlage"



Teil B: Textteil

Festsetzungen
gem. § 9 BauGB i.V.m. BauNVO

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 1 - 15 BauNVO)
- 1.1 Gewerbegebiet (§ 9 BauNVO)
- siehe Planzeichnung
- 1.1.1 Zulässige Arten von Nutzungen:
- Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe
 - Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude
 - Tankstellen
 - Anlagen für sportliche Zwecke
- 1.1.2 Ausnahmsweise zulässige Arten von Nutzungen:
- Wohnungen für Aufsicht- und Betriebspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baunasse ungeordnet sind
 - Anlagen für kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke
 - Anlagen für Verwaltungen
 - Vergnügungsstätten
2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 BauGB und §§ 16 - 21 BauNVO)
- siehe Nutzungsschablone
- Das Maß der baulichen Nutzung wird im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans bestimmt durch die Festsetzung von:
- 2.1 Höhe der baulichen Anlagen (§ 18 Abs. 1 BauNVO)
- Siehe Nutzungsschablone
- Im Gewerbegebiet wird eine Höhe baulicher Anlagen festgesetzt von:
- GH = 20 m
- Die Gebäudehöhen im GE werden ermittelt über den Abstand zwischen dem höchsten Gebäudepunkt (Oberkante Gebäude) und der Oberkante des fertigen Geländes, gemessen in der jeweiligen Windrichtung der Gebäudeverfahrsfront, senkrecht zum fertigen Gelände.
- 2.2 Grundflächenzahl (§ 19 Abs. 1 BauNVO)
- siehe Nutzungsschablone
- GRZ = 0,8
- Bei der Ermittlung der zulässigen Grundfläche sind die Grundflächen von:
- Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten
 - Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO
 - baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, mitzurechnen.
- Gem. § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO wird festgesetzt, dass eine Überschreitung der zulässigen Grundfläche durch die Grundflächen der oben genannten Anlagen bis zu einem Wert von 0,95 zulässig ist.
3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 BauNVO)
- siehe Nutzungsschablone
- hier: abweichende Bauweise
- In der abweichenden Bauweise sind Gebäudehöhen von mehr als 50 m zulässig. Zu den Grundstücksgrenzen sind die Abstandsflächen gemäß LBO einzuhalten. Hiervon abweichend darf im Bereich der Flurstücksgemarkung Pachten, Flur 4, Flurstücke 12/2, 12/3, 98/4 und 236/50 an die Westgrenze des Geltungsbereichs ohne Abstände angerechnet werden.

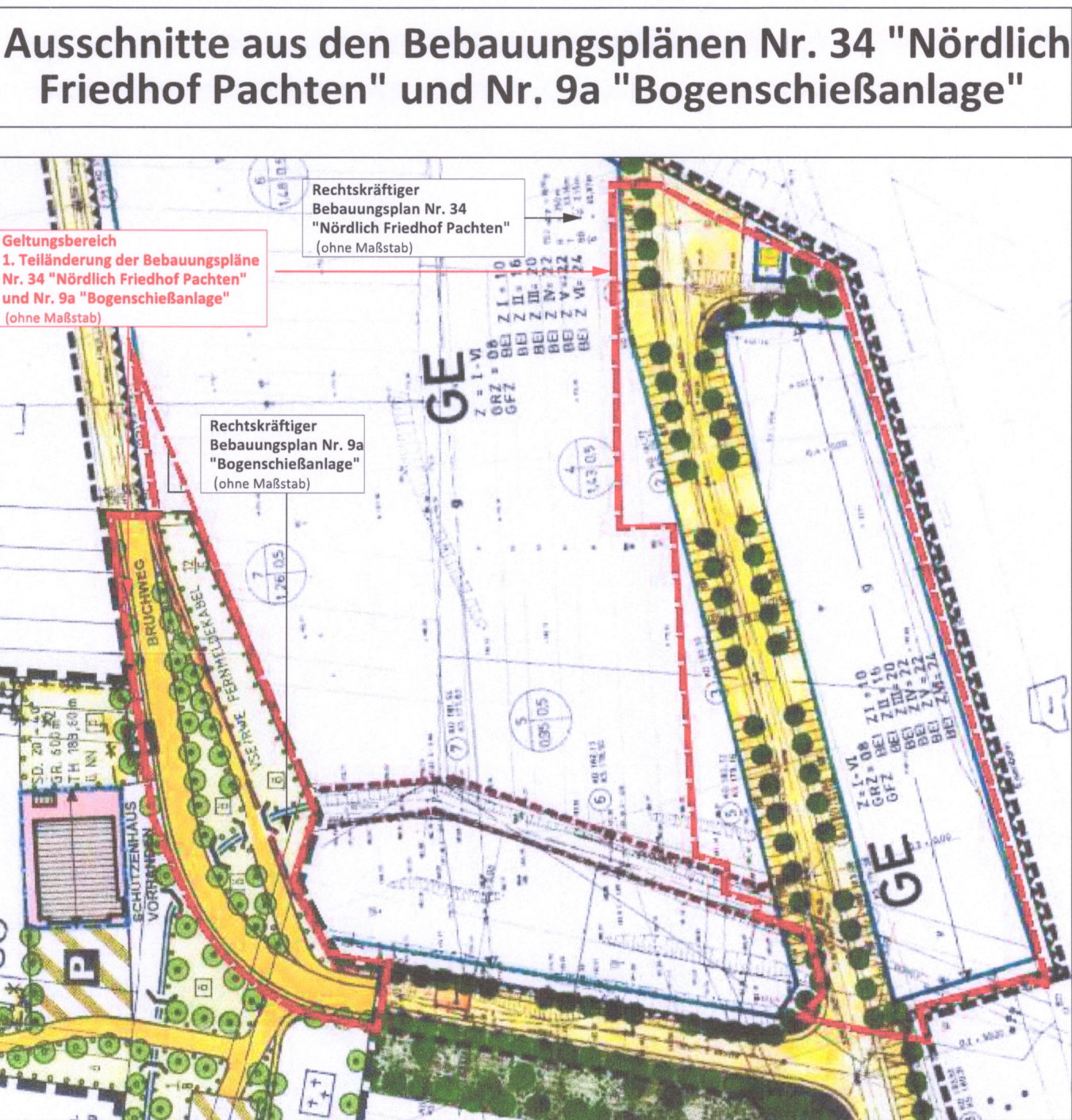
4. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 23 BauNVO)
- siehe Planzeichnung
- Gem. § 23 Abs. 3 BauNVO werden die überbaubaren Grundstücksflächen im vorliegenden Bebauungsplan durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt.
5. Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB, § 12 BauNVO)
- Gem. § 12 Abs. 6 BauNVO wird festgesetzt, dass Garagen und Nebenanlagen nur innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig sind. Stellplätze sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen oder auf den dafür ausgewiesenen Flächen zulässig.
6. Verkehrsräume, Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung sowie Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
- siehe Planzeichnung
- hier: Bruchweg
- hier: Parkflächen
- hier: Zufahrt zu den Betriebsflächen
7. Wasserflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)
- siehe Planzeichnung
- hier: Halenbach (teilweise verrohrt)
8. Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)
- siehe Planzeichnung
- hier: Gasleitung der Stadtwerke Dillingen/Saar
- Wasserleitung der Stadtwerke Dillingen
 - Abwasserleitung des Eigenbetriebs Abwasser Dillingen
 - Mittelspannungskabeltrasse der Stadtwerke Dillingen
 - VSE/RWE-Fernmeldekabel
9. Öffentlich und Private Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
- siehe Planzeichnung
- hier: öffentliche Grünfläche
- Planflächen siehe Punkt 11(2/4)
10. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines Beschränkten Personenkreises zu bebelasten Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
- siehe Planzeichnung
- hier: Geh- und Fahrrecht zugunsten der Eigentümer der Parzellen 12/2 und 12/3 in Flur 4 der Gemarkung Pachten.
11. Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 a und b BauGB)
- P1: Nicht überbaubare Grundstücksflächen
- Die nicht überbaubaren Flächen sind gärtnerisch anzulegen und zu unterhalten. Die Bepflanzung darf die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigen.
- P2: Randeingrünung
- In der mit P2 gekennzeichneten Fläche am östlichen Rand des Plangebietes ist zwei- bis dreireihig versetzt mit Sträuchern und Heistern mit einem Pflanzabstand von höchstens 1,0 m zu bepflanzen.
- P3: Erhalt von Gehölzen
- In der mit P3 gekennzeichneten Fläche befindlichen Gehölze sind zu erhalten, dauerhaft zu pflegen und bei Abgang nachzupflanzen. Rodungs- und Rückschnittmaßnahmen zur Verkehrssicherung sind zulässig.
- P4: Entwicklung von Gehölzflächen
- Die in der mit P4 gekennzeichneten Fläche befindlichen Gehölze sind zu erhalten, dauerhaft zu pflegen. Rodungs- und Rückschnittmaßnahmen zur Verkehrssicherung sind zulässig. Nachpflanzungen auf diesen Flächen sind nur zulässig, sofern die entsprechenden Schutzabstände zu den vorhandenen Leitungen gemäß den geltenden Regelwerken (z.B. DVGW GW 125) eingehalten werden.
- Für alle Pflanzmaßnahmen sind die DIN 18916 sowie die DIN 18920 und die FLL-Empfehlungen für Baumpflanzungen entsprechend zu beachten und es sind gebietschemische Gehölze mit der regionalen Herkunft „Westdeutsches Bergland und Oberrheinraben“ (Region 4) nach dem Leitfaden zur Verwendung gebietseigener Gehölze (BMU, Januar 2012) zu verwenden. Die folgende Artenliste stellt daher lediglich eine beispielhafte Auswahl der zu pflanzenden Gehölze dar:

- Pflanzliste Laubbauhochstämme (Beispiele)
- Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus)
 - Spitz-Ahorn (Acer platanoides)
 - Feld-Ahorn (Acer campestre)
 - Stiel-Eiche (Quercus robur)
 - Vogel-Kirsche (Prunus avium)
 - Winter-Linde (Tilia cordata)
 - Rot-Buche (Fagus sylvatica)
- Pflanzqualität
- Zur schnelleren Wirksamkeit der Anpflanzungen im Sinne einer besseren Einbindung des Planungsraumes ins Landschaftsbild werden folgende Mindest-Qualitätsstandards an die Pflanzungen gestellt. Die Pflanzqualität hat daher den Mindeststandards der FLL (Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung, Landschaftsbau e.V., Bonn) zu entsprechen:
- Hochstämmle: 3vo, SJU 12-14 cm
 - Heister: 2vo, ab 100 cm
 - Sträucher: 2 Tr, ab 60 cm
- Erfolge Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB.
12. Räumlicher Geltungsbereich (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans sind der Planzeichnung zu entnehmen.

- Nachrichtliche Übernahme
gem. § 9 Abs. 6 BauGB
- Leitungen und Anlagen von Ver- und Entsorgungsbetrieben
- Im Plangebiet befinden sich folgende Leitungen und Anlagen:
- Gasleitung der Stadtwerke Dillingen/Saar
 - Wasserleitung der Stadtwerke Dillingen
 - Abwasserleitung des Eigenbetriebs Abwasser Dillingen
 - Mittelspannungskabeltrasse der Stadtwerke Dillingen
 - VSE/RWE-Fernmeldekabel (Kabelschutzstreifen jeweils 1m beiderseits der Kabeltrasse)
- Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Leitungen und Anlagen vermieden werden und der ungehinderte Zugang gewährleistet ist. Alle Baumaßnahmen sind vor Baubeginn mit den betroffenen Ver- und Entsorgungsbetrieben abzustimmen.
- Schutzabstand Bachlauf (§ 56 Abs. 3 SNG)
- siehe Planzeichnung
- hier: Schutzstreifen von 5,0 m Breite zum Halenbach, gemessen ab Uferlinie.
- Innere des Schutzstreifens ist die Errichtung baulicher Anlagen mit Ausnahme von Lagerflächen und Stellplätzen unzulässig.

- Hinweise
- Denkmalschutz
- Die Vorschriften des Saarländischen Denkmalschutzes sind zu beachten und einzuhalten.
- Baumpflanzungen
- Das Meliorat über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen ist bei den Baumpflanzungen zu beachten. Bei der Ausführung der Erdarbeiten oder Baumaßnahmen müssen die Richtlinien der DIN 18920 "Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen" beachtet werden. Weiterhin ist das DVGW-Regelwerk GW 125 "Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen" bei der Planung zu beachten, um Schäden an Versorgungsleitungen auszuschließen.
- Rodungs- und Rückschnittarbeiten
- Entsprechend § 59 Abs. 3 BnatSchG sind erforderliche Rodungs- und Rückschnittarbeiten im Zeitraum zwischen dem 01. Oktober und dem 28. Februar des Folgejahres durchzuführen.
- Bei Rodungsarbeiten sind, um die artenschutzrechtlichen Vorschriften (insb. §§ 19 u. 44) des BnatSchG einzuhalten, im Vorfeld der Rodung von Bäumen und/oder Hecken diese Strukturen auf das Vorhandensein (auch aktuell unbeseelter) Fortpflanzungsstätten besonders u./o. streng geschützte Arten i.S.d. § 7 Abs. 2 Nr. 13 u. 14 BnatSchG zu überprüfen und gegebenenfalls geeignete Schutzmaßnahmen zu planen und umzusetzen.
- Einhaltung der Grenzabstände
- Bei der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern entlang von Grundstücksgrenzen sind die Grenzabstände gemäß dem Saarländischen Nachbarrechtsgesetz zu beachten.

- Planzeichenerläuterung
nach BauGB i.V.m. BauNVO und PlanZVO 1990
- Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 1-12 BauNVO)
- Gewerbegebiet (§ 9 BauNVO)
- Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 1-12 BauNVO)
- GRZ 0,8 Grundflächenzahl
- GH 20 m Geschossflächenzahl (siehe technische Festsetzungen)
- Bauweise, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)
- a Abweichende Bauweise
- Baugrenze
- Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)
- Straßenverkehrsfläche
- Öffentliche Grünfläche
- Strassenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
- Ein- und Ausfahrtsbereich
- Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)
- hier: Gasleitung der Stadtwerke Dillingen
- Wasserleitung der Stadtwerke Dillingen
- Abwasserleitung des Eigenbetriebs Abwasser Dillingen
- Mittelspannungskabeltrassen der Stadtwerke Dillingen
- VSE/RWE-Fernmeldekabel
- Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 a und Abs. 6 BauGB)
- Öffentliche Grünfläche
- Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BauGB)
- Wasserfläche
- hier: Halenbach
- Wasserfläche
- hier: Halenbach verrohrt
- Schutz, Pflege, Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 und Abs. 6 BauGB)
- Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
- Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonst. Bepflanzungen sowie von Grünflächen
- Flächen zum Anpflanzen und zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
- Planflächen
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind
- hier: Schutzabstand Halenbach
- Farblich eingetragene Darstellung für Flächen zum Anpflanzen
- Mit Geh- und Fahrrechten zu belastende Flächen
- Umgebung von Flächen für Stellplätze



- Schutz des Oberbodens
- Der bei den zu erwartenden Baumaßnahmen anfallende Oberboden ist abzuschleppen, fachgerecht zu lagern und bei der Gestaltung der Grünflächen wieder zu verwenden. Während der Bauausführung soll nach DIN 18915 vorgegangen werden.
- Artenschutzrechtliche Maßnahmen
- Nisthilfen
- Unabhängig von einem möglichen artenschutzrechtlichen Erfordernis sind beim Neubau der Gebäude künstliche Nisthilfen und Quartiere für im Rückgang befindliche oder gefährdete Gebäudebrüter einzubauen. Dazu sind verschiedene Einbauelemente, wie Formsteine für Gebäudebrüter und Nistkästen zur Anbringung an Gebäuden und an Bäumen im Handel erhältlich.
- Nisthilfen
- Zum Ausschluss von Verbotstatbeständen nach § 44 BnatSchG bezüglich der Zaunedecke (Lacerta agilis) werden bei Baubarbeiten im Sommerhalbjahr (März - September) Vermeidungsmaßnahmen erforderlich. Um die Tötung von Zaunedecken zu verhindern, hat als Vermeidungsmaßnahme die reptilienrechtliche Abzählung der Fläche, Vergrößerung der Tiere sowie gegebenenfalls ein Abfang vorhandener Individuen aus dem Gefahrenbereich des Eingriffs zu erfolgen. Die Abfang- sowie die vorbereitenden Maßnahmen sind von einem erfahrenen Herpetologen zu begleiten bzw. durchzuführen:
- Die Eingriffsfälle sind „reptilienrechtlich“ abgezählt. Um potentiell vorhandenen Zaunedecken die Flucht aus dem Plangebiet zu ermöglichen, ist von Beginn an die Anlage von Überstiegshilfen entlang des Zaunes auf der Eingriffseite im Abstand von ca. 10 m erforderlich.
 - Vor Beginn der Baubarbeiten ist die Fläche durch einen erfahrenen Herpetologen auf nach vorkommende Zaunedecken zu kontrollieren. Nach vorhandene Tiere sind von der Fläche abzufangen und in geeignete Flächen im Plangebietsumfeld umzusetzen.
 - Durchführung des Abzählens durch einen erfahrenen Herpetologen überwiegend mit Reptilienangeln, wenn sinnvoll auch per Handfang. Ergänzend kann im Bereich des Zaunes auch mit Fangemienen gearbeitet werden, die dann mehrmals täglich zu kontrollieren sind oder alternativ nur bei Anwesenheit des Gutachters auf der Fläche geöffnet werden.
 - Um den nach Abfang noch im Baufeld verbliebenen Individuen weiterhin eine aktive Flucht zu ermöglichen, verbleiben die Überstiegshilfen entlang des Zaunes auf der Eingriffseite im Abstand von ca. 10 m erforderlich. Der Reptilienzaun verbleibt während der Dauer der Bauphase.
- Angrenzende Bahnhöfe
- Aufgrund der angrenzenden Bahnhöfe ist im Rahmen einer späteren Bebauung des Plangebietes eine Vielzahl von Punkten zu beachten, um die Sicherheit des Bahnbetriebes dauerhaft zu gewährleisten. Diese hat die DB AG, DB Immobilien, Region Südwest in einem Schreiben vom 19.05.2022 detailliert aufgeführt. Dieses Schreiben ist in der Begründung zum Bebauungsplan im Wortlaut zitiert.
- Telekommunikationslinien der Telekom Technik GmbH
- Im Bereich des Bruchweges befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, wie aus beigefügtem Plan ersichtlich ist. Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abweisskisten und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit frei gehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Bei Konkretisierung ihrer Pläne durch den Bebauungsplan ist eine Planungskonferenz und Einweisung von unserer zentralen Stelle einzuordnen: Deutsche Telekom Technik GmbH, Zentrale Planungskonferenz, Chemnitz Str. 2, 67433 Neustadt a.d. Weinstr., E-Mail: planungskonferenz.suedwest@telekom.de
- Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten. Sollte an dem betreffenden Standort ein Anschluss an das Telekommunikationsnetz der Telekom benötigt werden, ist zur Koordinierung mit der Verlegung anderer Leitungen rechtzeitig eine Abstimmung mit der Telekom notwendig. (Bauernservice 0800 330190)
- Telekommunikationslinien der Vodafone Kabel Deutschland GmbH
- Im Bereich des Plangebietes befinden sich Telekommunikationsanlagen der Vodafone Kabel Deutschland GmbH. Bei objektspezifischen Bauvorhaben im Plangebiet werden wird eine Stellungnahme mit entsprechender Auskunft über den vorhandenen Leitungsbestand abgeben.
- Denkmalschutz
- Die Angelegenheit von Bodendenkmalen (§ 16 Abs. 1 DSchG) und das Veränderungsverbot (§ 16 Abs. 2 DSchG) sind zu beachten. § 28 DSchG (Ordnungswidrigkeiten) ist ebenfalls zu beachten. Die örtliche Teilfläche des Plangebietes liegt nur rund 70 m von einem Punkt entfernt, an dem H. Kausant ein größeres Grabfeld lokalisiert, das römzeitliche und frühmittelalterliche Bestattungen erbracht hat. Viele dieser Grabfelder sind allerdings nicht sicher lokalisiert. Einige liegen weiter südlich. Merowingertypische Funde kamen u.a. beim Bau der Bahnhöfe zu Tage, an die das Plangebiet unmittelbar angrenzt. Es ist also im Plangebiet, vor allem im südlichen Teil und entlang den Bahnhöfen mit archäologischen Funden zu rechnen.
- Munitionsfunde
- Im Bereich des Plangebietes wurden nach Auswertung der Kriegsergebniskarte des Saarlandes Kampfhandlungen festgelegt (Artilleriebeschüsse, Bombenabwürfe, Mörserbeschuss, Bunker, Laufgräben).
- Deshalb ist bei Baubarbeiten mit Kampfmitteln zu rechnen. Das Gefährdungsbild beginnt ab GK 1945 bis in eine Tiefe von 6 m, endet aber an geschätztem Feis. Baubarbeiten nach dem 2. Weltkrieg sind in dieser Auswertung nicht berücksichtigt, da diese Tiefe und Umfang hier nicht bekannt sind.
- Es wird empfohlen, das Baugelände durch eine Fachfirma für Kampfmittelbeseitigung detektieren zu lassen.
- Erneuerbare Energien
- Den Bauherren wird empfohlen, bei einer energetischen Zusatznutzung der Dachflächen Solarthermie- und Photovoltaikanlagen zu errichten. Photovoltaikanlagen bzw. Solarthermieanlagen auf den Dächern sind grundsätzlich zulässig und werden begrüßt.
- Insektenfreundliche Beleuchtung
- Für die Beleuchtung von Gebäuden und Zufahrten sind grundsätzlich nur insektenfreundliche Leuchtmittel (vorzugsweise LEDs mit warmweißem Licht und nach unten gerichteter Lichtquelle) zu verwenden, um ein unnötiges Anlocken von Insekten zu vermeiden.
- Starkregengefährdungskonzept
- Für die Stadt Dillingen/Saar liegt ein Starkregengefährdungskonzept im Entwurf vor, das Hinweise zur Starkregengefährdung für den Geltungsbereich des Bebauungsplans beinhaltet (siehe Begründung).
- Die endgültige Fassung kann nach dem abschließenden Beschluss des Stadtrates bei der Stadt Dillingen/Saar, Eigenbetrieb Abwasser, eingesehen werden.

- Gesetzliche Grundlagen
- Bund:
- Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2694).
- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.04.2022 (BGBl. I S. 674)
- Planischerstellungsgesetz vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 553) geändert worden ist.
- Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3788), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802).
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnerverordnung (PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802).
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz (WHG)) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2385), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) Artikel 1 Gesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542 (Nr. 51); zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901).
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901).
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz BBodSchG) Artikel 1 des Gesetzes vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306).
- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Artikel 126 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328).
- Land:
- Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG), Gesetz Nr. 1731 vom 18. November 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2598), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).
- Kommunal Selbstverwaltungsrechtsgesetz (KStVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 682), zuletzt geändert durch Artikel 60 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629).
- Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz SNG), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1592 zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutzrechts vom 05. April 2006 (Amtsblatt des Saarlandes S. 726), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Mai 2021 (Amtsbl. I S. 349).
- Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).
- Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG), Artikel 3 des Gesetzes Nr. 1946 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes vom 13. Juni 2018 (Amtsblatt des Saarlandes 2018 S. 358).
- Landesbaudordnung (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des Saarländischen Baudrungs- und Baurechts vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802).
- Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SBBodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 990) zuletzt geändert durch Art.10 Abs. 3 i.V.m. Art.14 des Gesetzes Nr.1632 zur Reform der saarländischen Verwaltungsstrukturen vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S.2393).

- Verfahrensvermerke
- Aufstellungsbeschluss
- Der Stadtrat der Stadt Dillingen/Saar hat in seiner Sitzung am 09.09.2021 die Aufstellung der 1. Teiländerung der Bebauungspläne Nr. 34 „Nördlich Friedhof Pachten“ und Nr. 9a „Bogenschießanlage“ im beschleunigten Verfahren aufzustellen (§ 2 Abs. 1 und 3 BauGB).
- Der Aufstellungsbeschluss wurde am 13.10.2021 durch Veröffentlichung im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Stadt Dillingen/Saar ortsüblich bekannt gemacht.
- Beteiligungsverfahren
- Der Stadtrat der Stadt Dillingen/Saar hat in seiner Sitzung am 17.02.2022 den Entwurf der Änderung des Bebauungsplans mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
- Der Entwurf der Änderung des Bebauungsplans hat mit der Begründung in der Zeit vom 23.04.2022 bis einschließlich 27.05.2022 während der Dienststunden öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Ort und Dauer der Auslegung wurden am 13.04.2022 durch Veröffentlichung im Amtlichen Bekanntmachungsblatt der Stadt Dillingen/Saar ortsüblich bekannt gemacht. Hierbei wurde darauf hingewiesen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben können.
- Der Stadtrat der Stadt Dillingen/Saar hat in seiner Sitzung am 27.07.2022 die 1. Teiländerung der Bebauungspläne Nr. 34 „Nördlich Friedhof Pachten“ und Nr. 9a „Bogenschießanlage“ beschlossen und zur Ausführung bestimmt.
- Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs.1 BauGB).
- Ausfertigung
- Die 1. Teiländerung der Bebauungspläne Nr. 34 „Nördlich Friedhof Pachten“ und Nr. 9a „Bogenschießanlage“ wird hiermit ausfertigt.
- Dillingen/Saar, den 18.10.2022
- Der Bürgermeister
Franz-Josef Berg
- Bekanntmachung
- Der Beschluss der 1. Teiländerung der Bebauungspläne Nr. 34 „Nördlich Friedhof Pachten“ und Nr. 9a „Bogenschießanlage“ sowie die Stelle, bei der der Plan mit Begründung auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und bei der über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, wurden am 18.10.2022 ortsüblich bekanntgemacht.
- Die 1. Teiländerung der Bebauungspläne Nr. 34 „Nördlich Friedhof Pachten“ und Nr. 9a „Bogenschießanlage“ ist damit in Kraft getreten.
- Dillingen/Saar, den 18.10.2022
- Franz-Josef Berg

